

Zu wesentlichen Erscheinungsformen, Kräften, Mitteln und Methoden des subversiven Vorgehens gegen die DDR

Es ist das legitime Recht und wohl auch die Pflicht jedes Staates, das Notwendige für seine Sicherheit und den Schutz der Bürger zu tun. Die DDR handelte so. Für sie ging es aber nicht nur um die Verwirklichung eines verbrieften Völkerrechtsanspruchs unter konkreten historischen äußeren und inneren Bedingungen – für die DDR verband sich damit generell die Existenzfrage. Sie war an der Hauptlinie des Kalten Krieges unmittelbar mit den Strategien, den Plänen und Handlungen der Gegenseite konfrontiert. Mit der BRD stand ihr ein unverhohlen feindlicher Staat gegenüber, der sein politisches Hauptziel – Liquidierung der DDR – nicht nur propagierte, sondern auch aktiv durchzusetzen trachtete.

Das beeinflusste und bestimmte maßgeblich das Handeln zur Gewährleistung der äußeren und der inneren Sicherheit. Der Schutz des Staates und der Bürger ergab sich somit aus Zwängen zur Gegenwehr, denen sich die DDR stellen mußte, wollte sie sich diesen Bedrohungen nicht schutzlos aussetzen.

Die offen und verdeckt vorgetragene Feindschaft zur DDR hatte dabei mit zur Folge, daß die SED- und Staatsführung, die leitenden Partei- und Staatsfunktionäre hinsichtlich ihres Sicherheitsverständnisses überaus sensibel reagierten.

Mag es dazu durchaus berechtigt unterschiedliche Auffassungen und Bewertungen geben, unbestreitbar bleibt aber, daß der unmittelbare westliche Nachbar der DDR niemals ein Hehl daraus machte, die »abtrünnigen Ostdeutschen« in die Obhut des Kapitals und seines Machtbereiches »heimzuholen« – oder wie auch immer die »Befreiung der Brüder und Schwestern in der Ostzone« bezeichnet wurde.

239

Die führenden politischen Kreise der BRD rühmen sich inzwischen in aller Öffentlichkeit dieser Liquidierungspolitik. Was dabei aber bewußt ignoriert und verschwiegen wird, sind die konkreten Pläne, Maßnahmen und Aktivitäten zu ihrer Durchsetzung. Die dazu vorliegenden Erkenntnisse des MfS werden heute sorgsam aus der »Aufarbeitung« ausgeklammert, als nicht existent betrachtet und behandelt. Würden die Realitäten nämlich thematisiert, so wäre der objektive Schluß zwingend, daß die Handlungen des MfS eine Reaktion, ein verständlicher Reflex zur Abwehr von Angriffen waren. Damit jedoch wäre die kolportierte These nicht weiter aufrecht zu halten, das MfS sei ein Repressionsinstrument ausschließlich zur Unterdrückung der eigenen Bürger gewesen.

Unter diesen besonderen Prämissen vollzog sich die Aufklärungs- und die Abwehrtätigkeit des MfS zur Gewährleistung der staatlichen Sicherheit der DDR.

Für die Angehörigen des MfS ergab sich daraus die Handlungsmaxime:
Eine Unterschätzung des Gegners, seiner Gefährlichkeit und Wirksamkeit darf es nicht geben!

»Psychologische Kriegsführung«, subversive Aktionen und Operationen – mitunter wurde auch von einem »verdeckten Krieg« gesprochen – waren Teil der imperialistischen Globalstrategie gegen die Sowjetunion, ihre Verbündeten und den gesellschaftlichen Fortschritt.¹

Die Subversion gehörte dabei zu einer der Hauptmethoden der Destabilisierung und Liquidierung der DDR. Daher konzentrierte sich das MfS im besonderen auf die aktive vorbeugende Aufdeckung, Verhinderung und Bekämpfung der subversiven Tätigkeit.

Die *Angriffsrichtungen und Erscheinungsformen der Subversion* waren äußerst vielseitig. Sie bestanden vor allem in
– einer umfassenden und gezielten Spionage, einschließlich Militärspionage, gegen alle Bereiche des gesellschaftlichen Lebens in der DDR, um Erkenntnisse und Ansatzpunkte für weitergehende antisozialistische Wirkungsmöglichkeiten zu erlangen;

– einer im Stile der psychologischen Kriegsführung betriebenen Wühl- und Zersetzungstätigkeit, die auf die ideologischen Bindungen zwischen SED, Staat und Volk zielte (die verfassungsmäßige Ordnung sollte damit untergraben und staatsfeindliche Tätigkeit bis hin zum Aufbau von Strukturen politischer Untergrundtätigkeit inspiriert werden);

– der Inspirierung und Durchführung von Diversions- und Sabotagehandlungen

sowie anderer Formen wirtschaftlicher Störtätigkeit (auf diese

240

Weise sollten wirtschaftliche Einrichtungen und Güter zerstört und Leitungsprozesse desorganisiert werden), der Wirtschaftsspionage und Informationsabschöpfung.

Mit Embargomaßnahmen und Abwerbung von Fachkräften

aus Wirtschaft und Wissenschaft beabsichtigte der Gegner, der DDR

beträchtlichen Schaden zuzufügen;

– der Organisierung von Terroranschlägen und anderen Gewalthandlungen gegen Einrichtungen der DDR und ihrer Bündnispartner, gegen die Staatsgrenze und gegen Bürger, die sich für die DDR engagierten;

– staatsfeindlichem und kriminellem Menschenhandel, verbunden mit Bandenkriminalität und vielfältigen Bemühungen, DDR-Bürger zum Verlassen ihres Landes zu animieren.

Eine objektive Auswertung der Akten des MfS wie auch von Gerichtsakten der DDR-Justiz würde ein aufschlußreiches Bild vom breiten *Spektrum subversiver Mittel und Methoden* vermitteln, wie sie gegen die DDR und deren Bürger eingesetzt wurden.

Zu diesen Instrumentarien gehörte der Einsatz modernster technischer Mittel zur Informationsbeschaffung und -übermittlung. Man bediente sich nahezu sämtlicher Methoden von Kriminellen: Androhung und Anwendung von Gewalt, Einsatz von Waffen, Sprengmitteln, Drogen und Giften. Es fand Erpressung statt, Nötigung, Bestechung, Urkundenfälschung, schwerer Einbruch, Versicherungsbetrug, Devisenmanipulation etc. Es erfolgte eine raffinierte Tarnung der Täter, ihrer Hintermänner und Auftraggeber, der Ziele und Motive, der Verbindungswege und des konkreten Vorgehens, vor allem durch die Anwendung nachrichtendienstlicher Mittel und Methoden. Das schloß den Mißbrauch legaler Bedingungen und Umstände ein. Dazu gehörte auch die Anwerbung und Nutzung von Verrätern und anderen Abtrünnigen aus sozialistischen Ländern sowie von käuflichen Subjekten aus anderen Staaten. Ein wesentlicher Bestandteil des gesamten Vorgehens war auch immer die Einbeziehung und Nutzung von Kriminellen, gesellschaftlich Entwurzelten oder mit der Gesellschaft anderweitig in Konflikt geratenen Personen. Es wurden Anstrengungen unternommen, personelle Stützpunkte besonders in der Volkswirtschaft der DDR zu schaffen, die die Interessen von kapitalistischen Konzernen, Banken und anderen Wirtschaftsunternehmen bzw. Handelshäusern wahrnehmen sollten und auch wahrgenommen haben.

Die gezielte Förderung und Unterstützung antisozialistischer Kräfte als personelles Reservoir für subversive Aktionen innerhalb der DDR, erfolgte teils durch direkte, mehr oder weniger offene, teils aber auch durch konspirativ organisierte Einflußnahme und »behutsame Außensteuerung« seitens

241

der Geheimdienste und anderer feindlicher Stellen und Kräfte. In bestimmte Aktionen wurden auch kritisch gegen die DDR eingestellte Personen mit einbezogen.

Unter Mißbrauch vertraglich vereinbarter Arbeitsmöglichkeiten, von Rechten und Befugnissen politischer, kommerzieller, kultureller und anderer Vertretungen erfolgte eine aktive Einflußnahme. Unter den Diplomaten, Journalisten, Vertretern der Wirtschaft und von Banken, Repräsentanten internationaler Organisationen und Institutionen gab es eine ganze Reihe, die ihre Spielräume, die Arbeitskontakte und Informationsmöglichkeiten dafür nutzten, auch subversiv tätig zu werden. Und in diese Auseinandersetzung war auch die mißbräuchliche Nutzung des gesamten Ein-, Ausreise sowie des Transitverkehrs einbezogen.

Im Rahmen dieses Beitrages kann nicht bis ins Detail auf die Vielfalt der Erscheinungsformen, Mittel und Methoden der gegen die DDR betriebenen Subversionstätigkeit eingegangen werden. Dazu erfolgen in den nachfolgenden Beiträgen zu speziellen Aufgabenkomplexen und Abwehrlinien ausführliche Darlegungen. Zur Vertiefung des Verständnisses für die Abwehraufgaben, Mittel und Methoden wird zunächst auf einige damit verbundene operative Begriffe und Zusammenhänge hingewiesen:

Während des Kalten Krieges war die *Politisch-Ideologische Diversion* (PID) eine spezifische Erscheinungsform der vor allem von den Geheimdiensten (und anderen mit ihnen liierten und von ihnen genutzten Einrichtungen) betriebenen »psychologischen Kriegsführung« zur Zersetzung und Zerstörung

der sozialistischen Gesellschaftsverhältnisse. Diese Form der Diversion »war der bewußte, planmäßige und differenzierte Kampf imperialistischer Kräfte und Einrichtungen, die unter Einsatz eines Komplexes von subversiven Mitteln vorwiegend getarnt und verdeckt gegen die Theorie und Praxis des Sozialismus mit dem Ziel ankämpfen, in einem mehrstufigen Prozeß die ideologische Substanz und die politischen Grundlagen der sozialistischen Gesellschaft von innen heraus zu zersetzen, im Innern der sozialistischen Länder Widerstand gegen die führende Rolle der kommunistischen Parteien und des sozialistischen Staates zu organisieren und über die ›Sozialdemokratisierung‹ und ›Liberalisierung‹ der sozialistischen Gesellschaft den Prozeß der Restauration der imperialistischen Verhältnisse in Gang zu setzen.«² Das Ziel der PID bestand darin, auf lange Sicht das Verhältnis der Staatsbürger zu ihrem Staat und zur Gesellschaft zu untergraben. Diese sollten dahingehend beeinflusst und dazu animiert werden, sich gegen die bestehende Ordnung zu engagieren. Die PID zielte auf Subversion, auf Zerstörung der Staats- und Gesellschaftsordnung. Zu Ziel und Inhalt der PID bestanden

242

zwischen den Staatssicherheitsorganen in den sozialistischen Ländern weitgehend übereinstimmende Auffassungen.

Nach Lektüre der folgenden Auszüge aus dem Artikel von Alard von Schack »Der geistige Kampf in der Koexistenz«, den er 1962 in der BRD-Zeitschrift »Außenpolitik« offenherzig veröffentlichte, soll der Leser selbst entscheiden, ob die Staatssicherheitsorgane der UdSSR, der DDR und der anderen sozialistischen Länder die subversive Konzeption und Praxis im Rahmen des »geistigen « Kampfes ignorieren durften. Schack schreibt: »Wie bei uns das Entstehen von Revolutionslagen zu verhindern ist und bestehende Revolutionslagen gemildert und beseitigt werden müssen, so sind auf der Gegenseite im unerbittlichen geistigen Wettbewerb der Koexistenz Revolutionslagen zu schaffen und zu verschärfen. Unser Gedankengut ist in das öffentliche Leben der kommunistischen Staaten mit allen Mitteln der modernen Propaganda auf psychologisch geschickte Weise einzuschleusen. Unter Ausnutzung nationaler Verschiedenheiten, religiöser Überlieferungen, auch menschlicher Schwächen wie der Neugier, der weiblichen Eitelkeit, der Sehnsucht nach Vergnügen ist die Indifferenz zu den Zielen der kommunistischen Staatsführung zu fördern. Wirtschaftliche, moralische und andere Mißstände, ... sind schonungslos aufzuzeigen mit dem Ziel, die Bevölkerung bis zum passiven Widerstand (›Arbeite langsam!‹) und zur Sabotage zu bringen.

Geht dann der kommunistische Staat gegen einzelne Abtrünnige vor, so sind seine Maßnahmen, die als ungerecht erscheinen, möglichst allgemein bekannt zu machen, damit Mitleid und neue Abneigung gegen das kommunistische System erweckt werden.

Zu den geistig Schaffenden eines kommunistischen Staates ist auf Kongressen, auf Reisen usw. Verbindung aufzunehmen. Diskussionen sind nicht zu scheuen. Der Postverkehr und der kulturelle Austausch sind zu fördern, da der Westen hoffen kann, daß besonders die Jugend in vielen kommunistischen Staaten durch das bloße Kennenlernen ihrer Umwelt und durch die Möglichkeit kritischen Vergleichs den Idealen ihrer Staatsführung entfremdet wird, die in der Abschließung am besten funktionieren. Die Menschen in den kommunistischen Staaten werden auf diese Weise zu bewußten oder un-bewußten Trägern westlicher Ideen, es wird das Gefühl allgemeinen Unbehagens geschaffen, das Voraussetzung ist für die – sich ohne Gewaltanwendung abwickelnde – innere Veränderung und Umwälzung in diesen Staatswesen. Durch pausenlose, den Gegner ermüdende Arbeit sind diese Entwicklungen zu beschleunigen ...

Im Falle des Quasi-Staates ›DDR‹ kommt hinzu, daß die Bevölkerung unter der Trennung vom freien Teile Deutschlands leidet und in hohem Maße

243

nicht nur gegen die Besatzungsmacht, sondern gegen die von dieser eingesetzten Fronvögte der SED aufgebracht ist. Die Revolutionslage ist also für uns besonders günstig, es ergeben sich gute Möglichkeiten zur Verbreitung von Kristallisationsparolen mit dem Ziel, die Autorität der dort Regierenden zu untergraben. Es ist in diesem Falle nur notwendig, darauf zu achten, daß der geistige Kampf nicht ungewollt oder spontan (wie am 17. Juni 1953) in einen offenen Aufstand, der erfolglos bleiben müßte, umschlägt. Strategisches Ziel ist es vielmehr, die ›DDR‹ der Sowjetunion auf die Dauer zu einer

solchen Last zu machen, daß sie sich eines Tages doch bereit findet, ihr die Freiheit und Selbstbestimmung wiederzugeben, wenn dafür andere Vorteile winken.«³ Das wurde – wie bereits einleitend erwähnt – 1962 verkündet. Und dabei ging es nicht schlechthin um einen Artikel, um die Auffassungen eines Autors – das ist die konzentrierte Widerspiegelung der mit der PID tatsächlich verfolgten Ziele.

»Die Welt« schrieb zwanzig Jahre später: »Der Informationskrieg auf weltweiter Ebene ist ein langfristiger Kampf. Er ist das Artilleriesperrfeuer, mit dem das Feindgebiet aufgeweicht wird, bevor man zur Besetzung schreitet.«⁴ Die PID war also keinesfalls, auch wenn sie unter Bedingungen der friedlichen Koexistenz, dennoch aber weiterhin am Rande drohender militärischer Auseinandersetzungen erfolgte, eine normale ideologische Auseinandersetzung, ein grenzüberschreitender öffentlicher Meinungsstreit. Sie war auch keine »Erfindung« des Ministers für Staatssicherheit, kein theoretisches Konstrukt, um damit – wie immer wieder diffamierend behauptet wird – jede Form der Abweichung von der Politik der SED- und Staatsführung zum Gegenstand operativer Maßnahmen zu machen, sie zu kriminalisieren und damit repressive Schritte des MfS im Innern der DDR begründen zu können.

Allerdings gehört zu dieser historischen Wahrheit ebenso, daß die ideologische Diversion, die breitangelegten psychologischen Einwirkungsmaßnahmen und -bemühungen der gegnerischen Seite durchaus in bestimmtem Umfang und in den letzten Jahren zunehmend mit der innenpolitischen Realität in der DDR korrespondierten, mit darauf fußen. Das um so mehr, je wirklichkeitsfremder Agitation und Propaganda auf die tatsächlichen Schwierigkeiten und Widersprüche und ihre inneren Ursachen reagierten sowie offene und ehrliche Auseinandersetzungen dazu ausblieben bzw. als vermeintliche Abweichungen, als Wirkungen der PID abgestempelt wurden. Diese Bedingungen bildeten einen nicht zu unterschätzenden Resonanzboden für das tatsächliche Wirken der politisch-ideologischen Diversion, für die gezielte psychologische Einwirkung und Destabilisierung.

244

Hinzu kam, daß in der praktischen Politik die Grenzen meist fließend waren zwischen »normaler« ideologischer Auseinandersetzung, der offensiven Zurückweisung von »ideologischer Koexistenz« und politisch-ideologischer Diversion. Offensichtlich war es aber einfacher, wie bereits im vorangegangenen Beitrag charakterisiert, dringlicher Lösung harrende innere Probleme, Schwierigkeiten und Widersprüche – soweit sie von der SED-Führung überhaupt zur Kenntnis genommen wurden – so darzustellen, als seien sie nur auf äußere Einflüsse und im besonderen auf die PID zurückzuführen. Das entsprach aber nicht der Realität. Die SED-Führung reagierte häufig (auch in Abhängigkeit von der aktuellen Lage) sichtlich gereizt und mitunter hilflos (Abbau von Antennen; Verbot von Westfernsehen u. a.) mit administrativen bis hin zu repressiven Mitteln. Wie auf anderen Gebieten auch, wirkte das kontraproduktiv und verstärkte letztlich die gegnerischen ideologischen Einflüsse.

Im MfS selbst gab es Tendenzen, Wirkungserscheinungen der politisch-ideologischen Diversion vereinfachend als »PID-Straftaten« zu werten. Das Strafgesetzbuch der DDR kannte aber keinen Straftatbestand »Politisch-Ideologische Diversion«. Dementsprechend waren auch in den dienstlichen Bestimmungen und Weisungen des MfS keine Orientierungen und Festlegungen enthalten, Handlungen und Verdachtshinweise als Straftatbestand der PID aufzuklären und zu bearbeiten. Maßstab waren statt dessen immer die konkret verletzten Straftatbestände im StGB. Soweit es sich z. B. um Boykotthetze (nach Art. 6 der Verfassung der DDR von 1949) oder um staatsfeindliche Hetze bzw. um Straftaten der Staatsverleumdung und öffentlichen Herabwürdigung handelte, trafen dafür ausschließlich die entsprechenden Strafbestimmungen im StGB/DDR zu.

Mit dem Begriff *Kontaktpolitik/Kontakttätigkeit* (KP/KT) wurde in der Tätigkeit des MfS die Gesamtheit jener gegnerischen Ziele, Mittel und Methoden erfaßt, mit denen sowohl bestehende wie gezielt geschaffene politische, kommerzielle und persönliche Beziehungen und Verbindungen (Kontakte) zur ideologischen Wühl- und Zersetzungstätigkeit, zur Anstiftung zu staatsfeindlichen und anderen die sozialistische Gesellschaft schädigenden Handlungen ausgenutzt wurden und werden sollten.

Zu einem der häufig gebrauchten Begriffe gehört der der *inneren Opposition*.

Damit bezeichnete man im Westen Kräfte in der DDR, die auf Veränderung bzw. Beseitigung der Staats- und Gesellschaftsordnung hinwirkten. Ihnen wurden auch kritische und unzufriedene Personen hinzugerechnet, die man in entsprechende Bestrebungen mit einzubeziehen versuchte. Das entsprach der strategischen Konzeption, durch »Annähe-

245

»rung von außen« und einen »inneren Widerstand«, die sich gegenseitig ergänzen sollten, zum angestrebten »Systemwandel« zu kommen. Diese Absichten mußten zwangsläufig in der Abwehrarbeit des MfS Beachtung finden.

Personen, die den Verdacht provozierten, mit »oppositionellem« Vorgehen antisozialistische Ziele zu verfolgen und entsprechende Straftaten zu planen, gerieten zwangsläufig ins Visier der Sicherheitsorgane.

Von organisiert auftretenden inneren oppositionellen Kräften in der DDR kann eigentlich erst ab Anfang der 80er Jahre gesprochen werden. Allerdings handelte es sich dabei keineswegs um eine organisierte Oppositionsbewegung, die gemeinsam ein Ziel verfolgt hätte. Zunächst entwickelten sich pazifistische Zusammenschlüsse, die fast ausschließlich unter dem Dach der evangelischen Kirchen agierten. In der Folgezeit entstanden Gruppierungen, die sich mit Themen wie Frieden, Umwelt, Frauen, Ärzte, Dritte Welt, Menschenrechte etc. befaßten bzw. dies zu tun vorgaben. Nicht selten wurden dabei sehr divergierende Positionen sichtbar. Das lag an der unterschiedlichen Wahrnehmung der gesellschaftlichen Realitäten und damit verbunden den eigenen Wirkungsmöglichkeiten. Ursache war die meist sehr vielschichtige Zusammensetzung derartiger Gruppierungen. Unter ihnen gab es durchaus ehrliche Pazifisten, umweltbewußte und andere an der gesellschaftlichen Entwicklung in der DDR interessierte Bürger. Sie wollten sich für die Lösung akuter Probleme engagieren und Unzulänglichkeiten überwinden helfen. Ihre Bemühungen hätten Respekt verdient.

In einer Reihe dieser Zusammenschlüsse dominierten aber von Anfang an Kräfte, die andere, gegen die gesellschaftliche Entwicklung in der DDR gerichtete Ziele verfolgten. Sie bestimmten in vielen Fällen das Handeln, das vor allem darauf gerichtet war, außerhalb der vorhandenen politischen Strukturen Gegenstrukturen zu entwickeln. Es ging ihnen darum, Aktivitäten im bewußten Gegensatz zu den entsprechenden Aufgabenstellungen und Orientierungen der staatlichen Organe und gesellschaftlichen Organisationen zu organisieren.

Besonders von diesen Kräften ausgehende Bestrebungen nahmen zu, sich republikweit zu verständigen, Aktionen abzustimmen und umzusetzen. Es lagen Erkenntnisse vor, daß westliche Geheimdienste, Agentenzentralen, diplomatische Vertretungen, Medien, politische Parteien, Organisationen sowie Einzelpersonen vor allem aus der BRD und Westberlin auf diese Zusammenschlüsse aktiv Einfluß nahmen und ihr Handeln maßgeblich bestimmten.

Über diese Entwicklungen und Erkenntnisse wurden SED- und Staatsfunktionäre aller Leitungsebenen differenziert informiert. Ausgehend von

246

Ergebnissen der Aufklärungs- und Abwehrarbeit des MfS wurden die Handlungen dieser Gruppierungen und Zusammenschlüsse als Aktivitäten zur Destabilisierung der politischen Machtverhältnisse durch Schaffung pluralistischer Strukturen, als Ausgangsbasis für das Wirksamwerden von sozialismus- und verfassungsfeindlichen Kräften und folglich als Bestrebungen zur Organisation *Politischer Untergrundtätigkeit* (PUT) bewertet.

Damit wurde zugleich der Einschätzung und Orientierung der SED- und Staatsführung entsprochen, alle Bewegungen in diesem Spektrum im allgemeinen als sozialismusfremd und feindlich zu beurteilen und zu behandeln.

Dem lagen Erkenntnisse zugrunde, daß im Konzept äußerer wie innerer Feinde zur Schaffung und zum Wirksamwerden einer »inneren Opposition« Handlungskomplexe favorisiert, inspiriert und unterstützt wurden, vorwiegend mit konspirativen Mitteln und Methoden im Innern der DDR Kräfte zu sammeln, zusammenzuführen und zu organisieren, die als personelle Basis für den »inneren Widerstand« fungieren konnten und sollten. Das Ziel bestand darin, derartige Personenzusammenschlüsse auf entsprechende politische Plattformen und Forderungskataloge auszurichten und einzuschwören, diese von ihnen vertretenen »alternativen Ideen und Vorschläge« dann mit geeigneten Mitteln publik zu machen und auf Massenwirksamkeit zielende politische Provokationen zu inszenieren – um mit all dem für eine »Wende« in

der DDR zu sorgen. Im wesentlichen handelte es sich dabei also um einen Komplex strafrechtlich relevanter Handlungen zur Zusammenführung und Organisierung innerer Feinde und anderer gegen die SED und die DDR nutzbarer Personen, keinesfalls nur um »Andersdenkende«. *(Im vorliegenden Beitrag sowie im Beitrag zur Sicherung der politischen Grundlagen erfolgen dazu später ausführlichere Erläuterungen.)*

Einen grundsätzlich anderen Charakter hatten Vorgänge, die mit dem Begriff *politische Opposition* verbunden waren.

Der vorgegebenen »Parteilinie« widersprechende, oppositionelle politische Auffassungen und Verhaltensweisen, einschließlich politisch motivierter ablehnender Haltungen gegen bestimmte Führungskräfte, hat es seit Bestehen der DDR und auch bereits vor ihrer Gründung gegeben. Sie waren die Folge unterschiedlicher Ansichten und Vorstellungen über Wege und Ziele der Nachkriegsentwicklung, wie die Spaltung der deutschen Arbeiterbewegung, der Gewerkschafts- und Jugendbewegung überwunden werden sollte, wie man zu einem einheitlichen demokratischen Deutschland und zum Sozialismus gelangen konnte. Das setzte sich fort, als die Spaltung Deutschlands Realität wurde und sich die zwei deutschen Staaten antagonistisch gegen-

247

überstanden, eingebunden in die Zwänge des Kalten Krieges und damit verbundener Probleme und Fragestellungen.

Auch innerhalb der Führungsgremien der SED kam es wiederholt zu Auseinandersetzungen über die jeweils zu verfolgende Gesamtstrategie, über notwendige Etappen und Schritte und die einzuschlagende Taktik. Das betraf sowohl Entwicklungsprozesse innerhalb der DDR, als auch in der sozialistischen Staatengemeinschaft. Bis in die 80er Jahre hinein gab es zwischen führenden SED-, Regierungs- und Wirtschaftskadern Differenzen über grundlegende Probleme der volkswirtschaftlichen Entwicklung.

Solche z. T. auch fraktionellen Auseinandersetzungen wurden nicht nur argumentativ geführt. Sie hatten, besonders in den 40er und 50er Jahren, häufig auch personelle Konsequenzen. In Einzelfällen war das selbst mit der Anwendung repressiver Maßnahmen verbunden.

Nach heutigem Kenntnisstand zielten die »Abweichler« – selbst wenn sie verfassungsmäßige Grundlagen angriffen und gegen Verfassungsgrundsätze verstießen – nie auf die Liquidierung der DDR. Die Bündnisverpflichtungen der DDR im Warschauer Vertrag und im RGW wurden in der Regel nicht infrage gestellt. Das betraf auch die Wahrung der Interessen der UdSSR und der sozialistischen Staatengemeinschaft.

Ein Zusammenwirken mit feindlichen Stellen oder anderen restaurativen politischen Kräften der BRD wurde im allgemeinen ausgeschlossen. (Dennoch gab es, bezogen auf das Verhalten einzelner dieser Personen, offenbar auch andere Erkenntnisse.)

Die Auseinandersetzungen mit Personen, die abweichende Positionen vertraten, vollzogen sich in der Regel in den zuständigen Parteiorganisationen und -gremien. Es erfolgten »parteierzieherische Maßnahmen«, die bis zur Abberufung aus Funktionen gingen. Auseinandersetzungen mit »Abweichungen von der Parteilinie« beruhten im allgemeinen nicht auf Erkenntnissen des MfS und waren auch nicht Gegenstand seiner Abwehrarbeit.

Es gab aber auch andere Vorgänge, einzelne Fälle, in die das MfS durch die SED-Führung, meistens auf direkte Veranlassung des Ersten Sekretärs bzw. Generalsekretärs, einbezogen wurde, in der das MfS – so muß das heute bewertet werden – »verlängerter Arm der jeweiligen Parteiführung« wurde. Das betraf unter anderem – wie im vorherigen Beitrag bereits beschrieben – die in einer Reihe von Fällen erfolgte Einbeziehung des MfS in von der SED geführte Auseinandersetzungen mit einzelnen Gruppen oder Personen unter Philosophen, Wirtschaftswissenschaftlern, Kunst- und Kulturschaffenden, deren Namen inzwischen bekannt sind. Bei ihnen kamen über die Maßnahmen der SED, der Parteikontrollkommissionen und anderer Gremien

248

hinaus in bestimmtem Umfang auch nachrichtendienstliche sowie Mittel und Methoden der strafprozessualen Untersuchungstätigkeit zur Anwendung.

Im MfS bestanden keine Zweifel an der Richtigkeit der von der SED-Führung dazu getroffenen Wertungen und Entscheidungen. Die »Linie der Partei« galt es bedingungslos durchzusetzen, selbst wenn bei der Realisierung bestimmter Aufträge auch Bedenken kamen und eigene Erkenntnisse

den Vorgaben widersprachen. Dennoch wurde alles daran gesetzt, den Auftrag der Führung zu erfüllen. Vordringlichstes Ziel der operativen Maßnahmen des MfS dabei war, vorbeugend mögliche Straftaten dieser Personen zu verhindern.

Das bezog sich insbesondere auf eventuell beabsichtigte Kontaktaufnahmen zu gegnerischen Stellen und Kräften bzw. auf von diesen ausgehende Aktivitäten zur gezielten Nutzung bereits bestehender Verbindungen. Damit sollte eine Einbeziehung dieser Personen und dieser Vorgänge in gegen die DDR gerichtete Maßnahmen möglichst eingegrenzt bzw. verhindert werden. Das schloß auch ein, mit zu verfolgen, inwieweit sich eventuell Hinweise auf ein beabsichtigtes Verlassen der DDR abzeichnen. Auch wenn es nicht an Versuchen fehlt, das MfS dabei pauschal der Anwendung repressiver Mittel zu bezichtigen, waren in Wirklichkeit alle Anstrengungen darauf gerichtet, durch vorbeugende Maßnahmen eine dahingehende Entwicklung zu verhindern. Ohne Zweifel traf zu, daß unter den gegebenen Bedingungen des absoluten Führungsanspruchs und Wahrheitsmonopols der SED-Führung geeignete Möglichkeiten, abweichende Auffassungen und Überlegungen öffentlich kundzutun, sich Gehör zu verschaffen, kaum vorhanden waren. Das führte mit dazu, daß einzelne Personen, darunter selbst solche, die weiter auf sozialistischen Positionen bzw. loyal zum Sozialismus standen, den Weg gingen, sich Unterstützung bei westlichen Stellen zu suchen.

Das waren aber in nicht wenigen Fällen Einrichtungen, die keinen Hehl daraus machten, daß es ihnen nicht um »Hilfestellung« für einen besseren Sozialismus, sondern um dessen Beseitigung ging. Und die deshalb auch dem MfS nicht unbekannt waren. Für sie galten die betreffenden Personen als erwünschte, in ihr Konzept passende Multiplikatoren der »Kritik am Sozialismus«. Daraus erklärt sich, daß man ihnen gern den gebührenden Platz und eine wohlwollende Unterstützung einräumte. Das ist auch kaum »schönzureden«. Sich mit derartigen Einrichtungen und Organen zu verbinden, sich ihrer zu bedienen, setzte eine eigene bewußte Entscheidung voraus. Das konnte das MfS nicht ignorieren. Der Satz von Karl Marx galt unverändert: »In der Politik darf man sich, um ein bestimmtes Ziel zu erreichen,

249

mit dem Teufel selbst verbinden – nur muß man die Gewißheit haben, daß man den Teufel betrügt, und nicht umgekehrt.«

Das MfS konnte die Augen nicht davor verschließen, daß Personen, die sich als »Kritiker« des Sozialismus und der DDR verstanden und entsprechend auftraten, in die Konzeption und das Vorgehen des Gegners gegen die DDR integriert wurden – ob sie das wollten oder nicht. Nicht von ungefähr bestand ein wesentliches Spionageziel der westlichen Geheimdienste und anderer Einrichtungen in der Erarbeitung von Charakteristika über solche und andere interessierende Personen, über deren politisch-ideologische Haltungen und moralische Wertvorstellungen, über persönliche Schwächen und andere Ansatzpunkte. Man prüfte gewissenhaft, wer für Angriffe auf die »SEDDiktatur« geeignet war. Nicht wenige haben sich in diesem Sinne auch mißbrauchen lassen.

Wer sich in der Systemauseinandersetzung mit dem Gegner einließ, wurde objektiv auch Gegenstand der Abwehrtätigkeit des MfS.

Dennoch bleibt festzuhalten: Sofern das Handeln dieser Personen darauf gerichtet war, durch konstruktive Kritik auf Veränderungen und Reformen in der DDR hinzuwirken, hätten der Dialog, der offene und ehrliche Meinungsstreit und die Verständigung bestimmend sein müssen. Sie in die »feindliche Ecke« zu drängen, wie häufig geschehen, hatte nur kontraproduktive Wirkungen. Damit verbundene Parteiverfahren und -strafen, Ausschlüsse aus Verbänden, Ausgrenzungen, bis hin zu Übersiedlungen, die Verhinderung von Buchveröffentlichungen, Filmen, Theaterinszenierungen und anderes mehr führten oft nur zur Diskreditierung unserer sozialistischen Idee. Und mitunter wurden loyale Staatsbürger dadurch wirklich zu Feinden.

Unter den Bedingungen des Kalten Krieges war es in der Abwehrarbeit oft schwierig, hinter konkreten Erscheinungsformen von Angriffen gegen die DDR die Auftraggeber und Hintermänner, die unmittelbar handelnden Kräfte, ihre Mittel und Methoden sowie deren Tarnung und Verschleierung zweifelsfrei zu erkennen und aufzuklären. Das erschwerte auch, in jedem Einzelfall von Anfang an stets sorgfältig zu differenzieren zwischen eindeutigen politischen Feinden und anderen gegen die Rechtsordnung der

DDR handelnden Personen. Das betraf auch die Klärung der Frage, wer verfolgte dabei antisozialistische Ziele, und wer wollte eine Veränderung der Politik, um tatsächlich den Sozialismus zu verbessern. Zur Verwirklichung seiner subversiven Absichten und Ziele setzte der politische Gegner auf ein *umfangreiches und zugleich differenziertes Kräftepotential*. Zu diesem gehörten vor allem:

250

- die westlichen Geheimdienste mit ihren weitverzweigten Netzen von Dienststellen, Residenturen, Agenturen, Tarneinrichtungen sowie Hilfsorganen;
- diverse DDR-feindliche Vereinigungen, Gruppen und Kräfte (z. B. Ostbüros von Parteien, die »Kampfgruppe gegen Unmenschlichkeit [KgU]«, der »Untersuchungsausschuß freiheitlicher Juristen [UfJ]«, der »Bund deutscher Jugend [BdJ]«, kriminelle Menschenhändlerbanden);
- staatliche wie nichtstaatliche Institutionen, der »Forschungsbeirat für Fragen der Wiedervereinigung Deutschlands beim Bundesminister für gesamtdeutsche Fragen« (1952-1975) und das »Kuratorium unteilbares Deutschland« sowie Einrichtungen der Ost- bzw. DDR-Forschung und andere, deren Funktionsprofil sich für subversive Zwecke ausnutzen ließ;
- spezielle Zentren der psychologischen Kriegsführung, die für ihre ideologische Wühl- und Zersetzungstätigkeit elektronische sowie andere Medien nutzten;
- Institutionen, spezielle Konzernbereiche, Einrichtungen von Wirtschaftsunternehmen sowie Personen, die sich mit wirtschaftlicher Störtätigkeit und anderen Maßnahmen zur Schädigung der DDR-Volkswirtschaft befaßten;
- Revanchistenverbände und Landsmannschaften; rechts- und linksextremistische sowie speziell terroristische Organisationen, Gruppierungen und Einzeltäter.

Darüber hinaus setzte der Gegner auf das Wirken von Agenturen und anderen Personen in seinen diplomatischen Vertretungen, in kommerziellen, kulturellen und journalistischen Außenstellen in der DDR und in anderen sozialistischen Staaten sowie auf innere Feinde und auf Personen in der DDR und anderen sozialistischen Staaten, die sich bewußt oder unbewußt für subversive Zwecke mißbrauchen ließen.

Trotz dieser Vielzahl und Vielfalt der gegen die DDR wirkenden bzw. nutzbaren Einrichtungen und Kräfte lebte das MfS nicht in der Vorstellung, wir seien nur von Feinden umgeben. Die Einleitung konkreter operativer Maßnahmen setzte immer eine differenzierte Einschätzung und Bewertung der Handlungen und der damit in Verbindung stehenden Personen voraus.

In der operativen Arbeit des MfS galt der unumstößliche Grundsatz, sorgfältig zu differenzieren zwischen Feinden und vom Gegner Mißbrauchten und Verführten.

Der Minister forderte die Mitarbeiter auf, streng zu unterscheiden zwischen Menschen, die aus verfestigter staatsfeindlicher Einstellung heraus handeln und jenen, die aus Unwissen, aus persönlichen Konfliktsituationen

251

heraus oder gegen ihren Willen für feindliche Ziele mißbraucht wurden. Vom Gegner irregeleitete und gegen ihre Absicht mißbrauchte Menschen sollten von der Richtigkeit unserer Sache überzeugt und dafür gewonnen werden. Wer sich aber mit feindlichen Stellen und Kräften verband, die Gesetze des sozialistischen Staates verletzte und »damit den Grundinteressen des Volkes Schaden zufügte, war entsprechend den geltenden Rechtsvorschriften zur Verantwortung« zu ziehen.⁶

Das MfS verfolgte Nazi- und Kriegsverbrecher, Funktionsträger des Nazi-Regimes, die in der SBZ/DDR »untergetaucht« waren. Es mußte gegen Nazis vorgehen, die weiter der faschistischen Ideologie anhängen und in diesem Sinne gegen die DDR handelten. (Dazu zählten in bestimmtem Umfang auch Jugendliche, die in den Jahren nach 1945 – noch unter dem Einfluß der faschistischen Ideologie und von Parolen gegen den antifaschistischen Neubeginn – mit Gewalthandlungen, Hetze und anderen Straftaten auftraten.)

Das MfS hatte es darüber hinaus mit Personen zu tun,

- die sich offen als Feinde der DDR ausgaben und aus ihrer Feindschaft keinen Hehl machten;
- die käuflich und kriminell waren und sich durch westliche Geheimdienste als Spione, Nachrichtenhändler, Informanten, Diversanten und Saboteure,

als Menschenhändler, Terroristen oder aber auch als gegnerische Stützpunkte in gesellschaftlichen Bereichen, besonders in der Volkswirtschaft, hatten anwerben und korrumpieren lassen;

- die als sogenannte Gesprächsaufklärer in die DDR einreisten, um für Geheimdienste interessante Personen »abzuschöpfen« und solche, die sich als Bürger der DDR abschöpfen ließen und nicht zur Kenntnis nehmen wollten, daß sie abgeschöpft wurden oder die auch wirklich nicht wußten, wie nützlich sie ihrem Gesprächspartner waren;
- die als »Polittouristen« einreisten und vor allem Führungskräfte von im Sinne politischer Untergrundtätigkeit wirkenden Gruppierungen aufsuchten, um sie in ihren Aktivitäten für einen »Wandel« in der DDR zu bestärken und zu unterstützen;
- die als Mitarbeiter von westlichen Konzernen, Banken und anderen Wirtschaftsunternehmen unter der Tarnung »normalen« kapitalistischen Geschäftsgebarens gezielt Feindtätigkeit betrieben und auftragsgemäß die Geschäfte des politischen Gegners besorgten.

Und schließlich gab es Bürger der DDR, die mit dem Staat und der Gesellschaft aus persönlichen und beruflichen Gründen in Konflikt geraten, persönlich und gesellschaftlich entwurzelt waren und dafür der SED und Staatsorganen die Schuld anlasteten und sich in antisozialistische Aktivitäten

252

einbinden ließen. Es gab Unzufriedene, Enttäuschte und Frustrierte, die für den Gegner von Interesse waren, die von ihm mißbraucht wurden, die in diesem Sinne ansprechbar waren.

Um diese Breite und Vielfalt möglichst kurz und prägnant zu erfassen, entstand der ausschließlich MfS-interne Begriff *feindlich-negative Kräfte*. Die Verwendung dieses – inhaltlich unterschiedliche Wertungen zusammenfassenden – Begriffs sollte also keinesfalls die notwendige klare Einschätzung und Differenzierung dieser Personenkreise ersetzen. Vielmehr sollte der Tatsache Rechnung getragen werden, daß eben nicht nur Feinde, sondern auch andere Personen – ob gewollt oder ungewollt – Handlungen begingen, mit denen sie die staatliche Sicherheit und öffentliche Sicherheit und Ordnung beeinträchtigten, Schäden und Gefahren verursachten oder heraufbeschwören konnten. Und er war schon gar nicht darauf gerichtet – wie das heute unterstellt wird –, faktisch jeden Bürger, der widersprechende Auffassungen zur Politik der SED vertrat, zum Fall für die Staatssicherheit zu machen. Subjektive Wertungen und Einflüsse führten leider aber auch zu Fehleinschätzungen. Wir bedauern es, wenn Personen ungerechtfertigt von repressiven Maßnahmen des MfS betroffen waren.

Davon nehmen wir explizit Agenten und Spione, Diversanten und Saboteure, Mörder von Grenzsoldaten, Terroristen und andere Gewaltverbrecher, skrupellose Menschenhändler, Fahnenflüchtige und andere Straftäter aus. Die meisten von ihnen wurden inzwischen zu »Oppositionellen«, zu »Widerständlern« und Opfern erklärt, rehabilitiert und entschädigt, selbst wenn ihre Taten normalerweise in anderen zivilisierten Ländern ebenfalls strafrechtlich verfolgt worden wären.

In diesem Zusammenhang soll auf ein weiteres Problem in der Abwehrarbeit hingewiesen werden.

Das MfS wurde mit Vorkommnissen konfrontiert, bei denen sich bereits aus dem Handlungsgeschehen, den Schäden oder Gefährdungen der Anfangsverdacht für eine mögliche Straftat ergab, ohne daß es bereits Hinweise darüber gab, wer der Verursacher, wer möglicher Täter usw. war bzw. welche anderen Ursachen dazu geführt haben könnten.

Unter Verwendung des ebenfalls MfS-internen Begriffs *feindlich-negative Handlungen/Tätigkeit* wurde kurz gefaßt auf die Breite und Vielfalt des gegnerischen Vorgehens, der in diesem Zusammenhang zu beachtenden und zu prüfenden Handlungen, Vorgehensweisen, Mittel und Methoden orientiert. Das war also ein operativer Begriff, synonym für staatsfeindliche, andere kriminelle bzw. schadensverursachende Handlungen und für Verhaltensweisen an der Grenze strafrechtlicher Relevanz (Anfangsverdacht).

253

Bei Vorliegen erster Verdachtshinweise auf eine Straftat, und das waren in der Regel Hinweise zum möglichen objektiven Tatverlauf, z. B. zu einem Vorkommnis mit erheblichem Schaden, war oft eine sofortige Zuordnung in die Kategorien »Staatsverbrechen« oder »schwere Straftat der allgemeinen Kriminalität

« nicht möglich. Es bedurfte also immer der weiteren Aufklärung und Untersuchung sowohl des objektiven Tatgeschehens als auch der Ziele, der Motive des bzw. der Täter und der anderen subjektiven Tatumstände. Es bedurfte einer zweifelsfreien Feststellung des Schadens und der Gefahren, der Ursachen, begünstigenden Bedingungen und Umstände für Straftaten und andere Rechtsverletzungen. Und notwendig war auch die Ermittlung von Verursachern bzw. von Ursachen für das Vorkommnis.

Es war oft nicht leicht zu unterscheiden, ob es sich z. B. bei schwerwiegenden Vorkommnissen um Sabotage, Diversion, um andere Formen der Feindtätigkeit und um wirtschaftliche Störtätigkeit handelte oder aber um Fehler von Verantwortungsträgern im Staatsapparat, in Wirtschaft oder Gesellschaft, um Unfähigkeit und Unwissenheit oder um Irrtümer im Prozeß der Arbeit.

Für das MfS und alle anderen Rechtspflegeorgane, wie die Untersuchungsorgane des MfI und der Zollverwaltung der DDR, waren die gesetzlichen Straftatbestände Maßstab für das Vorliegen des Verdachts einer Straftat bzw. strafrechtlicher Verantwortlichkeit. Das MfS ließ sich strikt vom strafrechtlichen und strafprozessualen Handlungs- und Tatprinzip leiten. Es ging also um Menschen, die mit ihren Handlungen Straftaten begingen oder anderweitig in Konflikt zur Rechtsordnung der DDR gerieten, damit also um konkretes Handeln von Personen. *(Ausführlich zur Tätigkeit der Untersuchungsorgane des MfS im entsprechenden Beitrag im Bd. 2).*

Im MfS gab es zu keiner Zeit Aufgabenstellungen zur operativen Bearbeitung von »Andersdenkenden«, Personen also, die nur »anders dachten« als offiziell angeblich erwünscht, wurden durch das MfS nicht bearbeitet. Der Begriff »Andersdenkende« gehörte überdies niemals zum Sprachgebrauch im MfS, auch nicht als Synonym für bestimmte Personenkreise und Personen, von denen bekannt war, daß sie auf gegnerischen Positionen standen und ihr Handeln davon bestimmt wurde.

Die Kennzeichnung solcher Personen als »Andersdenkende« und später als »Bürgerrechtler« ist eine Erfindung anderer, vor allem der westlichen Medien.

Die Begriffe »Bürgerrechtler« und »Bürgerrechtsbewegung« kamen ebenfalls aus westlichen Gefilden und haben erst seit 1989/90 Konjunktur. Sie scheinen zuweilen die Funktion eines Heiligenscheins zu erfüllen, zumindest bei jenen, die im Nachgang ihre politische Aufwertung betreiben. Die

254

angeblich fehlende Toleranz gegenüber den »Andersdenkenden« in der DDR – wer und was auch immer darunter verstanden werden soll – die sie lauthals beklagen, hindert sie jedoch nicht, selbst vehement intolerant gegenüber heute Andersdenkenden zu sein. Ihre Intoleranz und ihr davon geprägtes Auftreten richtet sich selbst gegen die Bürger- und sozialen Menschenrechte vieler ehemaliger DDR-Bürger.

Wenn sie sich heute als Vertreter der »inneren Opposition« präsentieren, dann lassen sie meistens keinen Zweifel daran, wessen Interessen sie eigentlich dienen, daß es ihnen nicht – wie damals offiziell verkündet – um die »Verbesserung« des Sozialismus in der DDR ging, sondern um seine Unterminierung und letztlich um seine Beseitigung. Dabei wird keinesfalls verkannt, wie bereits an anderer Stelle eingeschätzt, daß es auch solche Personen gab, die es mit den Forderungen nach einer »besseren DDR« ehrlich meinten und die deshalb Partner für eine darauf gerichtete Politik hätten sein können und müssen. Für sie, die die Einverleibung der DDR durch die BRD und die Zerschlagung des Sozialismus keinesfalls als ihr Ziel ansahen, hätte der Begriff »Bürgerrechtler« noch seinen Sinn.

Die wachsende Unzufriedenheit unter großen Teilen der DDR-Bevölkerung hatte Gründe, die sich insbesondere aus der Art und Weise der Durchsetzung der führenden Rolle und des Wahrheitsmonopols der SED ergaben – das wurde zunehmend wahrgenommen als Beschränkung der demokratischen Mitwirkung, der Möglichkeiten, eigene Ideen, Gedanken und Vorschläge einbringen zu können und mit ihnen ernst genommen zu werden. Das betrachteten immer mehr Bürger als Gängelei und Bevormundung, als politische Entmündigung.

Eine nicht minder negative Wirkung ging von den dirigistischen Methoden aus, mit denen die SED-Führung die gesellschaftlichen Rahmenbedingungen zur Realisierung der von ihr vorgegebenen Ziele und Aufgaben setzte. Insbesondere die umsichgreifende Ignorierung und Verdrängung der gesellschaftlichen

Realitäten entwickelte sich zu einem unübersehbaren Hemmnis bei der Lösung der anstehenden Probleme, bei der Gewinnung der Menschen zur aktiven Mitwirkung. Darin sahen viele Ursachen für die Verkrustung der gesellschaftlichen Lebensverhältnisse, für den stagnierenden materiellen Lebensstandard, für die vielfältigen Probleme im täglichen Leben und in der Arbeit. Dazu zählten auch die eingeschränkten Reisemöglichkeiten in das westliche Ausland. Und wieviel politisches Vertrauen wurde verspielt durch die Ausgrenzung von Bürgern, die an sozialismusadäquaten Entwicklungsprozessen und Veränderungen interessiert waren, dazu entsprechende Vorschläge unterbreiteten und sich kritisch äußerten.

255

Diese und andere Fehler und Widersprüche bei der Verwirklichung sozialistischer Politik und Demokratie wären allein durch dazu erforderliche politische Veränderungen zu beseitigen bzw. lösbar gewesen.

Dabei bleibt aber unstrittig: Sozialistische Demokratie hätte niemals beinhaltet, Feinden Wirkungsmöglichkeiten einzuräumen und ihrem auf die Liquidierung der DDR und des Sozialismus gerichteten Treiben tatenlos zuzusehen.

Die Verallgemeinerung der Erkenntnisse und Erfahrungen in einem spezifischen Begriffsapparat führte im MfS selbst aber auch zum Drang, Handlungen und Personen gewissermaßen einer »Begriffsschublade zuzuordnen« (eine offenbar nicht nur im MfS gängige Praxis, denkt man aktuell nur an »Organisierte Kriminalität (OK)«; »Internationaler Terrorismus«; »Terroristische Vereinigung«; »Extremistische Organisationen« usw. usf.). Das ließ aber auch zu, und das kristallisierte sich insbesondere in der zweiten Hälfte der 80er Jahre immer deutlicher heraus, daß bestimmte Erscheinungen, Handlungen und Personenkreise darunter erfaßt und subsumiert wurden, für die derartige Charakterisierungen und Wertungen nicht bzw. nur bedingt zutrafen. Die Gründe dafür waren sehr vielfältig. Zu ihnen gehörten insbesondere:

- Die in der Politik der SED liegenden Ursachen für gesellschaftliche Stagnation, für den Widerspruch zwischen den verkündeten Zielen und den Realitäten des Sozialismusmodells in der DDR, für die wachsende Unzufriedenheit und Resignation unter breiten Bevölkerungskreisen wurden ignoriert bzw. verleugnet. Das waren entscheidende Ursachen dafür, daß negative Erscheinungen im Innern vielfach vordergründig den Einwirkungen von außen und damit den gegnerischen Vorgehensweisen zugeordnet wurden.

- Es fehlte ein realitätsbezogenes Herangehen an die erreichten Ergebnisse, an weitere Maßnahmen und Schritte zur Verwirklichung der Gesellschaftskonzeption. Damit verbunden wurden Gedanken und Vorschläge für einen »besseren Sozialismus« in der DDR ignoriert. Statt dessen wurden solche Personen, die ehrlich ihre Besorgnisse äußerten und sozialismusadäquate Vorstellungen unterbreiteten, nicht selten als notorische Nörgler, Besserwisser, Abweichler bis hin zu Staatsfeinden abqualifiziert. Am Wahrheitsmonopol der SED-Führung waren keine Abstriche zulässig – auch nicht durch das MfS.

- Die Systemauseinandersetzung, vor allem aber der Kalte Krieg, erfaßte alle Felder der Politik, betraf alle staatlichen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Bereiche. Im gegnerischen Lager war ein breites Kräftepotential in diese Auseinandersetzungen, in den Kampf gegen die DDR und die ande-

256

ren sozialistischen Länder einbezogen. Die DDR und ihre Bürger waren unmittelbar damit konfrontiert. Das blieb nicht ohne Wirkungen auf die Einschätzung vieler Vorgänge in den internationalen und in den Beziehungen zwischen den beiden deutschen Staaten, auf die Einschätzung der gegen die DDR verfolgten Ziele, der darin einbezogenen Einrichtungen und Kräfte. Und das betraf vor allem die gesamte subversive Tätigkeit. Auch wenn die Ergebnisse des KSZE-Prozesses nicht dazu führten, daß sich an den Zielen und dem Charakter der subversiven Tätigkeit etwas Grundsätzliches änderte, wie die Entwicklung nachhaltig bestätigte, erfolgten weiterhin bestimmte sicherheitspolitische Verallgemeinerungen, die bei einer realen und differenzierten Betrachtung und Wertung anders hätten ausfallen können und müssen.

- Verallgemeinerungen zum gegnerischen Vorgehen, wie sie in den genannten operativen Begriffen erfolgten, ließen unter diesen Bedingungen auch im MfS in gewissem Maße subjektivistische Interpretationen und Wertungen in bezug auf bestimmte Handlungen und daran beteiligte Personen

zu. Auch wenn es zur objektiven Bewertung von Handlungen, Vorkommnissen und Erscheinungen, den damit im Zusammenhang stehenden Personen, ihren Zielen und Motiven, den begünstigenden Bedingungen und Umständen für Straftaten, Schäden und Gefahren und damit für die Ableitung differenzierter politisch-operativer Maßnahmen konkrete Orientierungen und Vorgaben gab, wurde das nicht immer und überall korrekt durchgesetzt. Wie in der Gesellschaft insgesamt gab es im MfS ebenfalls Widersprüche zwischen der Aufgabenstellung, deren Realisierung und den Ergebnissen, zwischen den konkreten Anforderungen und den Bedingungen und Möglichkeiten ihrer Umsetzung.

Zu den im MfS verwendeten Begriffen Kontaktpolitik/Kontakttätigkeit, politisch-ideologische Diversion, innere Opposition, politische Untergrundtätigkeit, wirtschaftliche Störtätigkeit, feindlich-negative Kräfte bzw.

Handlungen gab es auch weitgehende Übereinstimmung mit den Staatssicherheitsorganen der anderen sozialistischen Staaten. Sie waren keine Kreationen des MfS, sondern wurden in diesem Sinne von allen gemeinsam getragen und genutzt. Es gab vor allem auch weitgehende Übereinstimmung in der Bewertung der Ziele, des Charakters, der Gefährlichkeit und des Umfanges der subversiven Angriffe gegen die Gemeinschaft und die einzelnen sozialistischen Staaten. Das schlug sich u. a. nieder in abgestimmten Plänen und Konzeptionen zur Aufklärung und Bekämpfung einzelner gegnerischer Zentren, Kräfte und Angriffsrichtungen.

257

Diese gemeinsame Linie blieb nicht ohne Auswirkungen auf die im MfS erfolgte Einschätzung und Wertung der mit den verallgemeinerten Begriffen erfaßten feindlichen Ziele, Vorgehensweisen und einbezogenen Kräfte.